

DRINGLICHKEITSANTRAG

1) Begrenzung der Neuverschuldung der Stadt Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Dass der dringliche Antrag durchaus seine Berechtigung hat, zeigt die letzte Äußerung des Finanzreferenten, der einmal mehr die Behauptung aufstellt, Geld habe doch ein Mascherl und seine Politik konträr zur Budgetpolitik des Bundes gegenüberstellt. Kollege Rüscher, der Bund nimmt auch nicht nur Kredite auf für die Pensionszahlungen bei der ÖBB und für die Pensionsabschlüsse des schwarzen Herrn Neugebauer, nein, der Bund nimmt auch Kredite auf drei Milliarden Euro Koralmtunnel, Familienlastenausgleichsfonds, Kindergeld, Pensionen, Gehälter, Schulen, Polizei, Sicherheit, Kollege Rüscher, und das sind aus meiner Sicht, auch wenn man diese Budgetzahlen so verteufelt, auch wertvolle Investitionen, Kollegin Potzinger, Familienlastenausgleichsfonds, ich glaube, der steht ja außer Streit, in die Zukunft und stellen einen Gegenwert dar. Das, was aber deine Aussage einmal mehr beweist, ist, dass du das gleiche Hütchenspiel machst wie der Bund, nur mit dem einen Unterschied, dass der Bund zumindest beim Spiel „Hos'n obi“ ein wenig ehrlicher ist und sagt, jawohl, es ist der Zeitpunkt gekommen, der Schuldenmacherei ein Ende zu setzen und da kann man drüber diskutieren, wann es sinnvoll ist. Die Überzeugung der rot/schwarzen Koalition auf Bundesebene ist erst im Jahr 2017, ich bin der Meinung, dass im Jahr 2017 wir über keine Budgets mehr diskutieren müssen, weil die Haushalte alle in die Luft gegangen sind, sondern wir der Meinung sind als BZÖ, dass eine Schuldenbremse auch für Graz sofort, und zwar für das Jahr 2013, wirksam werden sollte. In Österreich herrscht Übereinstimmung bei mehr als 80 % der Bevölkerung, dass eine Schuldenbremse kommen muss, aber unter der Voraussetzung, dass eine Schuldenbremse nicht ein Abgaben- und Steuergaspedal ist, sondern dass auch bei den Abgaben, bei den Gebühren, die zumindest die Stadt betreffen, wir heben ja keine Steuern ein, aber bei den Abgaben und Gebühren

selbstverständlich auch eine Abgaben- und Gebührenbremse eingeführt werden soll. Und bei der Schuldenbremse ist es vor allem auch notwendig, dass man die mit Sanktionen belegt. Und die heutige Budgetdiskussion, die uns literarisch, Kollege Grossmann hat das richtig bereits festgestellt, ich gratuliere ihm auch, als erstes Stadtsenatsmitglied der SPÖ seit vier Jahren, den ich kennenlernen durfte, der unfallfrei seine erste Antrittsrede hier, das zeichnet sich schon einigermaßen aus, es ist ja schon ein Quantensprung für den Zustand der Grazer Sozialdemokratie. Das, wohin uns heute die Budgetdebatte geführt hat, war von Karl Valentin des Kollegen Rüschi bis zum Ameisenhaufen der Kollegin Grabner und am Schluss der Vergleich des Siegfried Nagl, oh wie schön ist Panama.

Und wenn ich mir den Staatshaushalt in Panama mit 6,1 Milliarden Euro Einnahmen ansehe und Ausgaben von 6,4, das heißt, einem jährlichen Defizit von nur 0,3 Milliarden Euro liegen die bei einem Defizit in der Höhe von 1,2 % des BIP und einer Gesamtstaatsverschuldung von 44,7 % des BIP, und wenn ich das jetzt alles, dieses schöne Panama auf Graz umlegen würde, dann sage ich dir eines, dann verseehe ich schon, dass du heute einmal mehr sagst, oh, wie schön ist Panama. Aber erstens, warum bescherst du uns nicht so einen einigermaßen exzellenten Stadthaushalt in dem Fall wie Panama und zweitens, wenn es dich dorthin zieht, ich verspreche dir hoch und heilig, das BZÖ wird dir ein One-Way-Ticket nach Panama finanzieren, aber nur unter der Voraussetzung, dass du nicht wieder zurückkommst und nämlich dass du, was du heute entlarvend gesagt hast, 15 Budgetsitzungen des Gemeinderates selbst als Finanzreferent mitverfolgt hast, nämlich für die letzten 15 Budgets, die größtenteils Schuldenbudgets waren, dieser Stadt verantwortlich zeichnest.

Jeder, der auszieht und sagt, er ist der Beschützer des Klein- und Mittelstandes und am Abend nach Hause kommt und eigentlich diesen Klein- und Mittelstand in dieser Stadt mit der höchsten Gebühren- und Abgabenquote belastet und daher ist es wichtig, dass wir in Graz uns auch angesichts dieser Budgetzahlen zu einer wirksamen und sofortigen Schuldenbremse durchringen, einer Abgaben- und Gebührenbremse und auch Sanktionen, um im eigenen Haushalt zu sparen.

Und daher bringe ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

ein. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Grazer Stadtregierung sowie der Gemeinderat der Stadt Graz bekennen sich im Interesse von kommenden Generationen zu einem umfassenden Abbau der Schulden.

Die Grazer Stadtregierung wird aufgefordert, dem Gemeinderat der Stadt Graz einen Beschlussentwurf vorzulegen, der das künftige Verbot einer budgetären Neuverschuldung unter Berücksichtigung einer Deckelung der Abgabenquote sowie entsprechende Sanktionen bei Nichteinhaltung ab 2013 vorsieht.

In formeller Hinsicht wird weiters beantragt, diesen Antrag auch dem Finanzausschuss zuzuleiten.

Ich ersuche um Zustimmung (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir über eine technokratische Schuldenbremse reden, sollten wir erstmals eine Dummheitsbremse sozusagen einbringen. Wenn ich die Frau Stadträtin Schröck gehört habe, die gemeint hat, man hätte nicht genug Geld, um gesetzlich geforderte Leistungen zu erbringen, dann müsste es jawohl so sein, dass alle sämtlichen freiwilligen Leistungen der Stadt Graz sofort einzustellen wären, ansonsten man ja in Richtung kaufmännischer Krida gehen würde und sicher nicht das Gebot der kaufmännischen Vorsicht mehr walten lassen würde. Das Zweite zur Frau Vizebürgermeisterin Rucker, die gemeint hat in ihrer Rede, man könnte ja das Äquivalent schaffen zum Grazer Murkraftwerk. Ja Äquivalent könnten wir schaffen, wohl wissend, dass wir die zusätzliche Menge an Energie brauchen...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, eine große Bitte, nicht nur von mir. Sie haben die Gelegenheit gehabt, auch als einzelne Person im Gemeinderat sogar zweimal ans Rednerpult zu gehen, Sie haben sich jetzt zur Dringlichkeit gemeldet, ich bitte das zu tun.

GR. Mag. **Mariacher**: Die Schuldenbremse ist ein erster wichtiger Schritt. Wir müssen aber in Richtung Schuldenstopp kommen, wir brauchen, wie der Bürgermeister richtig ausgeführt hat, konsolidierte Bilanzen auch beim Bund und der Stadt Graz, aber wir sitzen alle im gleichen Boot, was die Bonität unseres Landes Österreich anbelangt mit Tripple A. Und wenn wir diesen Budgetweg weiter beschreiten, der heute auch beschlossen worden ist, dann leisten wir unseren Beitrag der Stadt Graz, dass wir diese Abstufung der Bonität wirklich Gefahr laufen, dass das wirklich eintritt. Und, ja, lieber Klubobmann Piffli-Percevic, lieber Freund, du hast mich eingangs gefragt, ob ich diesem Antrag des BZÖ zustimmen werde, ja, ich werde ihm zustimmen, weil heute das Budget so abgelaufen ist, wie wir uns das leider erwarten durften, befürchtet hatten. Hättet ihr andere Zahlen, hätte ihr wirklich ein seriöses konsolidiertes Budget vorgelegt, hätte sich dieser Antrag an sich sowieso erledigt. Ich danke (*Applaus BZÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Dringlich ist der Antrag ganz sicherlich nicht, weil manche von uns überlegen uns seit fünf, zehn oder 15 Jahren, wie man verantwortungsvoll mit Budgets umgeht, manche wollen da jetzt auf irgendeinen billigen Zug aufspringen und dergleichen. Also wir schauen schon länger auf diese Schulden hin, überlegen genau, was hier passiert. Aber noch kurz zu diesem Antrag hin. Ich meine, dass das ein schnell geschriebener Antrag ist, sieht man ganz gleich, budgetäre Neuverschuldung, dass man da Beteiligungen mitberücksichtigen

muss, hat der Herr Grosz nicht bedacht, weil das Budget hat eh einen Überschuss, die Schulden der Stadt sinken, aber wir schauen das ja genauer an, wir sind ein paar Schritte weiter, als dass wir nur auf die Schulden der Stadt schauen, die, wie gesagt, ja sinken, aber das wäre eine kindische Betrachtung. Aber ganz problematisch wird es dann, wenn man den Antrag etwas genauer anschaut, da steht nämlich nicht nur budgetäre Neuverschuldung begrenzen, dann steht auch dabei, Deckelung der Abgabenquote und dann erkennt man genau, welcher Geist da dahintersteht. Leute, das ist der neoliberale Geist, der eigentlich nur dazu führen kann, dass man alles verkauft, alles verschleudert an irgendwelche Leute, die damit viel verdienen, weil wie sollen wir sonst unsere Pflichtausgaben dann weiterbedienen, also diese Kombination ist schon sehr bedenklich (*Applaus Grüne*). Der Kollege Grosz ist am Vormittag mit dem Anstecker „Genug gezahlt“ herumgelaufen, das pickt auch da drauf. Leute, wenn irgendjemand, der 10.000 Euro verdient, keine Steuern zahlen will, dann haben wir ein Problem in dieser Stadt. Natürlich zahlt er viele Steuern der Kollege Grosz und das ist gut so, wir wollen das auch, dass Leute, die 10.000 Euro im Monat verdienen, ein bisschen was zahlen, das ihm das persönlich zu viel ist, das kann ich ihm nicht übel nehmen (*Applaus Grüne*). Aber wenn der Gerald Grosz darüber jammert, dass er im Monat ein paar tausend Euro Steuer zahlen muss, er kann es sich leisten, machen Sie sich keine Sorgen um ihn, denken wir lieber an den kleinen Mann, an die kleine Frau, die er vorschiebt, aber an die er ganz sicher nicht denkt, weil die Kombination Schuldenbremse und Deckelung der Abgabenquote das ist das Ende der Sozialpolitik, das macht absolut keinen Sinn (*Applaus Grüne*). Man könnte sich schon überlegen, die Ausgaben sofort und direkt zu finanzieren, dann müsste man an höhere Steuern, zum Beispiel eine Vermögenssteuer oder andere Dinge, denken. Darüber soll man nachdenken, das hat Pro und Kontra, diskutieren wir hier gerne und öfter mit unterschiedlichen Positionen, aber Schuldenbremse und Deckelung der Abgabenquote das ist Neoliberalismus pur und das gibt keinen Sinn für die unteren Einkommensschichten und keinen Sinn für die armen Leute, natürlich manche Reichen profitieren davon, Herr Grosz vertritt offensichtlich dieses Publikum (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen im Gemeinderat! Wir lehnen die Dringlichkeit und den Inhalt dieses Antrages ab, Kollege Grosz, und zwar, ich sage dir, nachdem du ja auch im Hohen Haus in Wien sitzt, die Schuldenbremse erachte ich...

Zwischenruf GR. Schröck unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: ...aber zumindest kann ich nur für mich reden, ich werde der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen. Weil ich halte eine Schuldenbremse im Bund als auch in dieser Situation in der Stadt für nicht vollziehbar beziehungsweise auch für nicht sinnvoll. In diesem Antrag, im Bund, wart ihr als Fraktion auch dagegen oder habt euch zumindest einmal kurzfristig eine Pressemöglichkeit geschaffen, wo ihr dann eh wieder weg seid, euer Obmann, aber ich glaube, dass es im Bund etwas konkreter, während hier in der Stadt ist es ja komplett unkonkret dieser Vorschlag, den du bringst und weil im Bund, wenn man reinschreibt, 1,3 oder 1,4 %, dann wird es sich natürlich in guten Zeiten wird es immer ausgenützt sein, weil das wissen wir eh natürlich, dass es dann immer am Höchststand ausgenützt wird und das Gleiche ist natürlich dann, in schlechten Zeiten ist es überhaupt keine Möglichkeit mehr, dass eine Regierung oder wie auch eine Stadt eine Möglichkeit hat, in schlechten Zeiten, wenn eben jetzt Not am Manne ist, das Budget auszugeben, hier eine Möglichkeit zu haben, dass eben eine taktische Möglichkeit ist, auch Arbeitsplätze zu schaffen, also deswegen lehne ich, ich war am Vormittag nicht dabei, aber bis am Mittwoch war ich noch der Meinung, dass wir es ablehnen, aber...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Wir geben die Abstimmung frei.

GR. Mag. **Korschelt**: Ok, in Ordnung. Danke vielmals, dann werde ich die Freiheit in Anspruch nehmen und werde mich sowohl gegen den Inhalt als auch gegen die Dringlichkeit dieses Antrages aussprechen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz**: Kollege Korschelt, am 25. November 2011 sagt der große Parteiobmann der Partei, für die du ja bei der nächsten Gemeinderatswahl ja nicht mehr kandidieren wirst. Deswegen bist du vielleicht auch nicht mehr auf Parteilinie, die FPÖ war die, die als Erste die Schuldenbremse beschlossen hat und zwar mit den Sanktionen, mit einer Abgabenbremse und dass das Modell der Bundesregierung reines Blendwerk ist und die Zahlungen an die Europäische Union einstellen will und daher der Schuldenbremse der rot/schwarzen Regierung, der ich im Übrigen auch nicht zugestimmt habe. Dieser Antrag ist hingegen genau der Antrag, der am 12. Juni 2009, zumindest die Zielrichtung, wie wir Bund, Länder und Gemeinden binden wollen, genau diese Linie, die eigentlich auch, zumindest war das mein Stand bis vor fünf Minuten, auch Linie eurer Entscheidungsträger sowohl in eurem Gemeinderatsklub als auch auf anderen Ebenen eurer Partei ist. Aber sei es drum. Zum Kollegen Wohlfahrt, ich mache mir wirklich schön langsam Sorgen und Gedanken, was für Personen auf unsere Studentinnen und Studenten losgelassen werden, ganz ernsthaft. Ich mache mir wirklich ernsthafte Sorgen, was man auf unsere Zukunft hier loslässt an unseren Universitäten an Halbgebildeten, Untergebildeten, Kollege Wohlfahrt...

Zwischenruf GR. Baumann: Was soll das?

GR. **Grosz**: Nicht Fäuste ballen, nicht rot werden, ruhig. Ich sage, wenn der Kollege Wohlfahrt, die Schulden und Abgaben...

Bgm. Mag. **Nagl**: Kollege Grosz, ich darf bitten, wir haben gerade früher Dummheitsbremsen gehabt, jetzt sind wir bei Halbgebildeten angelangt, ich glaube, das ist nicht das Niveau, das wir uns im Gemeinderat wünschen und ich bitte, dass man diese Dinge einfach wieder zurücknehmen im Sinne einer guten Kooperation (*Applaus ÖVP, SPÖ, Grüne und KPÖ*).

GR. **Grosz**: Kollege Nagl, ich bin gerne bereit, dafür einen Ordnungsruf zu kassieren, aber die Wahrheit kann ich nicht korrigieren. Und ich kann auch gemäß dem deutschen Duden manche Zustände, mancher Personen halt nicht anders ausdrücken höflicher. Aber Kollege Wohlfahrt, wenn einer es als Bevorteilung der Reichen sieht, wenn man sagt, dass 44 % Steuern und Abgaben in diesem Land einfach genug sind und wir in diesem Land ein Hochsteuerland sind und gerade der Klein- und Mittelstand, der im Übrigen nur 30 % der Bevölkerung ausmacht, 70 % des Steueraufkommens bezahlt, dann wird man doch am Ende einer Diskussion und am Höhepunkt einer Wirtschaftskrise sagen, es kann nicht der Klein- und Mittelstand sein, der das zahlt und daher auch eine Steuer- und Abgabenquote. Wir haben 44 %, und das ist genug und das bevorteilt nicht die Reichen und bestraft nicht die Armen, sondern das derzeitige System bestraft alle und bittet alle zur Kasse und da erlaube ich mir zu sagen, genug gezahlt bei 44 %. Dass Menschen in diesem Land bis Juni

arbeiten müssen, dass sie den ersten Tag für ihr eigenes Säckel de facto ihr geleistetes Werk abgeliefert haben, das ist ein Wahnsinn und das zerstört den Wirtschaftsstandort, daher sparen ja, aber nicht ein weiteres Mal auf Kosten des Klein- und Mittelstandes in dem Land. Im Übrigen eine uralte Forderung auch des Wirtschaftsbundes der ÖVP (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.